

## Gemeinderatssitzung am 23.10.2018

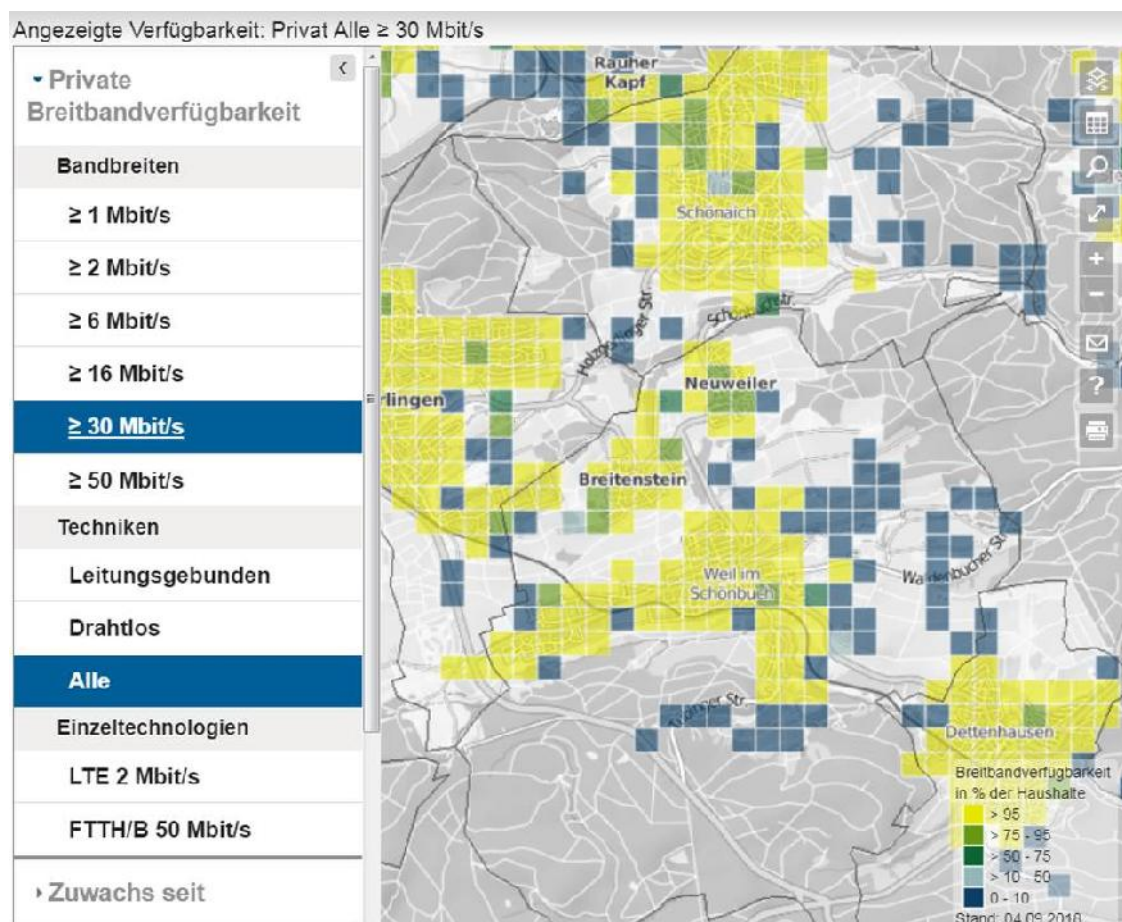
Die letzte Sitzung des Gemeinderats war geprägt von Themen rund um die digitale Datenübertragung. Der Gemeinderat stimmte der Planung für den Alten Friedhof an der Bahnhofstraße zu und passte die Zuständigkeiten der beiden beschließenden Ausschüsse an.

### Grobkonzept für eine flächendeckende Glasfaserinfrastruktur in der Gemeinde

Die Gemeinde hat Bundesmittel genutzt, um ein Konzept für eine flächendeckende Datenübertragungsstruktur per Glasfaser ausarbeiten zu lassen. Jürgen Blankenagel vom Planungsbüro TKT Teleconsult stellte dem Gemeinderat die Ausarbeitung vor.

Beginnend mit den technischen Grundlagen stellte er die immer feiner werdenden Planungsschritte vor bis zu dem einzelnen Hausanschluss durch ein einzelnes Glasfaserkabel. Die Planung sei darauf ausgelegt, jedem Gebäude eine Anschlussmöglichkeit mit 1 Gigabit/s zur Verfügung zu stellen. Ausgehend von 7 sogenannten Clustern würden 46 Verteilerstationen mit sogenannten Röhrenverteilern aufgestellt. Von dort geht die Einzelversorgung der Gebäude aus.

Anschließend stellte Herr Blankenagel die aktuelle, auf die Gesamtgemeinde bezogene Versorgungssituation vor. Diese ist entscheidend dafür, ob für den Auf- und Ausbau einer Glasfaserinfrastruktur Fördermittel beantragt werden können. In Weil im Schönbuch sind beinahe überall 30 MBit/S verfügbar. In einzelnen, kleineren Bereichen kann dieser Wert jedoch deutlich darunter liegen.



Wo haben die meisten Internetzugänge mindestens 30 MBit/s (helle Quadrate) und wo haben nur wenige Anschlüsse diese Geschwindigkeit (dunkle Quadrate)?

Falls eine Glasfaser-Infrastruktur dieser Qualität in Weil im Schönbuch vollständig neu hergestellt werden müsste, stehen Kosten von ca. 34 Millionen Euro im Raum. Erfahrungsgemäß kostet die Herstellung eines Hausanschlusses zwischen 6.000 und 7000 €, Tiefbaumaßnahmen zur Verlegung von Glasfaserkabeln in Straßen kosten etwa 250 € je laufender Meter.

Bei den notwendigen Maßnahmen muss jedoch geprüft werden, welche bestehenden Strukturen schon verwendet werden können. Hinzu kommt, dass das zugrunde liegende Materialkonzept aufgrund der Vorgaben des die Studien finanzierenden Bundes sehr aufwändig ist. Da Weil im Schönbuch insgesamt betrachtet gut versorgt ist sind aktuell keine Fördermittel zu erwarten. In der Gesamtbetrachtung der Investitionssummen müsse einbezogen werden, dass es hier um eine langfristige Investition auf die Laufzeit von mindestens 30 Jahren geht.

Herr Blankenagel fasste die Studie so zusammen, dass die Gemeinde Weil im Schönbuch momentan in der Gesamtbetrachtung schon gut versorgt ist. Derzeit besteht deshalb kein echter Bedarf, auf die Gesamtgemeinde bezogen eine durchgehende Glasfaserinfrastruktur zu schaffen. Mittel- bis langfristig wird das jedoch unumgänglich sein. Falls die Gemeinde das Glasfasernetz selber herstellen sollte wäre anschließend auch ein Verkauf oder eine Vermietung an einen Betreiber möglich.

Er führte aus, dass auf europäischer Ebene momentan die Höhe der Eingriffsschwelle von 30 MBit/s diskutiert wird. Wahrscheinlich wird sie heraufgesetzt werden. Er empfahl der Gemeinde grundsätzlich, bei allen anstehenden Tiefbaumaßnahmen die Möglichkeit zu berücksichtigen, später ohne Aufgrabungen Glasfaserkabel zu verlegen.

Zum Abschluss ging Herr Blankenagel auf die Planung des Landkreises ein, ein gemeindeübergreifendes sogenanntes Backbonenetz zu realisieren. Dazu teilte der Bürgermeister mit, dass diese Überlegungen zurückgestellt sind, bis geklärt ist, ob die von der Region Stuttgart, der Stadt Stuttgart und den Landkreisen geplante Kooperation mit der Telekom zum flächendeckenden Glasfaserausbau zustande kommt.

Der Bürgermeister ergänzte zum Vortrag von Herrn Blankenagel, dass dessen Planungsdaten im geographischen Informationssystem der Gemeinde hinterlegt sind. Dadurch werden die dort vorgeschlagenen neuen Glasfaserverbindungen bei Planungen der Gemeinde berücksichtigt.

Zum Abschluss dankte der Bürgermeister Herrn Blankenagel für die gute Kooperation und Zusammenarbeit mit der Gemeinde.

### **Beitritt zum Zweckverband Breitbandausbau Landkreis Böblingen**

Das nächste Beratungsthema schloss sich thematisch unmittelbar an das zuvor vorgestellte Gutachten an. Der Bürgermeister berichtete, dass die Region Stuttgart, die Landkreise in der Region und die Stadt Stuttgart die Umsetzung von Glasfaserverbindungen bis in die einzelnen Grundstücke fördern wollen. Zum Erreichen dieses Ziels wird ein Partner benötigt, der dies technisch umsetzen kann. Im Rahmen einer sogenannten „orientierten Marktabfrage“ mit der Vorgabe, bis 2025 alle öffentlichen und gewerblichen Gebäude und 50 % der privaten Haushalte an

Glasfaser anzubinden machte die Telekom das beste Angebot. Daraufhin wurde mit der Telekom eine Absichtserklärung ausgearbeitet, die diese Ziele festhält.

Aus der Beratung, wie die Zusammenarbeit mit der Telekom am besten organisiert werden kann, hat sich eine GmbH als Partner der Telekom als beste Möglichkeit erwiesen. Gesellschafter der GmbH sollen die Landkreise, die Region Stuttgart und die Stadt Stuttgart sein. Diese wiederum sollen durch Zweckverbände vertreten werden, da hier die interne Entscheidungsfindung nach dem Prinzip der Einigung notwendig ist. Der Böblinger Kreistag hat bereits am 8. Oktober beschlossen, diesen Zweckverband zu gründen.

Der Bürgermeister wies an dieser Stelle auf den Satzungsentwurf hin, der der Beratungsunterlage beigelegt war. Diese wäre Basis des Zweckverbandes. Der Zweckverband für den Landkreis Böblingen soll Anfang 2019 gegründet werden. Dazu wird noch ein separater Beschluss benötigt. Im März bzw. April 2019 soll die neu gebildete GmbH dann den Vertrag mit der Telekom abschließen, um die Ziele der durchgehenden Glasfaser Infrastruktur anzugehen.

Der Bürgermeister empfahl die Mitgliedschaft der Gemeinde Weil im Schönbuch in dem Zweckverband für den Landkreis Böblingen. Indem möglichst viele Gemeinden mitwirken soll die Marktmacht des Zweckverbandes und in dieser Folge der GmbH gestärkt werden. Kosten sind für die Gemeinden damit nicht verbunden, da der Betrieb des Zweckverbandes vom Landkreis finanziert wird. Der Bürgermeister betonte, dass mit der Mitgliedschaft in dem Zweckverband keinerlei Verfahrens- oder Investitionsentscheidungen für die Gemeinde Weil im Schönbuch vorgegeben sind.

Falls Investitionen in der Gemeinde selber notwendig sind wird es ein Angebot der Telekom geben, über das der Gemeinderat dann zu entscheiden hat. Ein wichtiger Faktor wird dabei sein, inwieweit Synergie-Effekte durch vorhandene Einrichtungen der Telekom genutzt werden können. Möglicherweise besteht zu diesem Zeitpunkt dann auch wieder die Chance auf eine öffentliche Förderung. Der Gemeinderat wird hier aber immer frei in seinen Entscheidungen sein.

Die Alternative zum Beitritt für den Zweckverband wäre, so der Bürgermeister, selber die notwendige Infrastruktur zu schaffen. Das würde bedeuten, Jemanden zu suchen, der die Einrichtung baut und betreibt. Allein schon durch die hohe Nachfrage an Tiefbaukapazitäten durch die Telekom in den kommenden Jahren wird es praktisch keine freien Tiefbaukapazitäten für die Glasfaserkabelverlegung mehr geben. Ohne Mitgliedschaft in dem Zweckverband hätte die Gemeinde als Einzelkämpfer keine gute Marktposition.

Ein weiteres Argument, in dem Zweckverband Mitglied zu werden, ist die Planung der Telekom, in den versorgten Gemeinden im Mobilfunknetz den aktuell leistungsfähigsten 5G-Standard einzuführen. Die Region Stuttgart wäre dann die erste Region in Deutschland, die mit diesem leistungsfähigen Mobilfunkstandard versorgt wäre.

Abschließend empfahl der Bürgermeister dringend, dem Zweckverband beizutreten, denn die rasant ansteigenden Datenmengen werden künftig nicht ohne eine Umstellung auf Glasfaser handhabbar sein. Er sah die Umstellung auf schnelle Datenübertragung mittels Glasfasertechnik als wichtigen Schritt der Daseinsvorsorge.

Für Gemeinderat Thomas Müller war ein guter Breitbandausbau unerlässlich. Er wies auf entsprechende wiederholte Wünsche und Forderungen aus der Bürgerschaft hin. Die Gemeinde habe als Einzelkämpfer keine Chance und sollte sich deshalb den Zweckverband anschließen.

Gemeinderat Dauber war der Ausbau der Glasfaserinfrastruktur ebenfalls unerlässlich. Er wies darauf hin, dass irgendwann einmal Investitionen und Kosten auf die Gemeinde zukommen werden, die dann den Gestaltungspielraum der Gemeinde einschränken werden.

Der Bürgermeister bestätigte diese Aussage im Grundsatz, betonte aber, dass die Gemeinde dann entscheiden kann, ob und wie sie diese Maßnahmen umsetzen will.

Gemeinderätin Weiß erkundigte sich nach dem Anteil der momentan vorhandenen Glasfaseranschlüsse in der Gemeinde. Dazu teilte der Bürgermeister mit, dass in der Gemeinde selber nur manche Betriebe im Gewerbegebiet Lachental über so einen leistungsfähigen Anschluss verfügen. Diese sind Kunden der Sparkassen-IT, die ein privates Glaswassernetz betreibt. Private Hausanschlüsse an Glasfaserkabeln gibt es nach Kenntnis der Verwaltung bisher nicht. In der gesamten Gemeinde wurde in den letzten Jahren Glasfaserkabel in die Straßen und Gehwege eingelegt. Diese enden aber derzeit bei den Verteilerkästen. Ab dort bestehen die Leitungen in die Gebäude immer noch aus Kupferkabel.

Gemeinderat Hiller sprach an, dass die Telekom momentan bei neuen Hausanschlüssen bereits die Verlegung von Glasfaserkabeln bis an die Grundstücksgrenze anbietet. Er geht deshalb davon aus, dass die Anschlusskosten später niedriger werden, was auch einen Anreiz für potentielle Anbieter sein wird.

Einstimmig beschloss der Gemeinderat, dem Zweckverband Breitbandausbau Landkreis Böblingen beizutreten und stimmte dem Entwurf der Satzung des Zweckverbandes zu. Die Verwaltung wurde beauftragt, mit dem Landkreis Böblingen sowie den Städten und Gemeinden des Landkreises die Gründung des Zweckverbandes vorzubereiten.

### **Planung „Alter Friedhof“ an der Bahnhofstraße**

Bürgermeister Wolfgang Lahl wies darauf hin, dass die Planung für diesen Bereich im Bau-, Landwirtschaft und Umweltausschuss bereits ausführlich in dessen öffentlicher Sitzung vorgestellt und diskutiert wurde. Die sehr gelungene Planung des Büros Form wird Kosten von etwa 270.000 € bedeuten.

Aufgrund der bereits erfolgten öffentlichen Vorstellung und Diskussion der Planungen und der einstimmigen Beschlussempfehlung an den Gemeinderat stimmte Gemeinderat der Planung für den Alten Friedhof ohne weitere Beratung einstimmig zu.

### **Umstellung der Liegenschaften der Gemeinde auf IP-Telefonie**

Bürgermeister Wolfgang Lahl begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Sascha Reuss von der ITR AG, der für Fragen zu den technischen Aspekten des vorliegenden Angebots zur Verfügung stand.

Er erläuterte zu Beginn, weshalb die Verwaltung entgegen der sonstigen Handhabung keine detaillierte Planung für dieses Projekt vorgelegt hat. Deren Kosten wären fast so hoch gewesen wie die jetzt vorgeschlagenen Investitionen in neue Telefonietechnik.

Wegen der anstehenden Umstellung auf digitales Telefonieren hat die Verwaltung alle Gemeindeliegenschaften darauf überprüft, was für die Umstellung noch technisch geändert werden muss und welche Geräte benötigt werden. Ausgangslage für die neuen Telefone war der aktuelle Stand. Nur dort, wo es technische Unzulänglichkeiten gibt soll es mehr Telefone geben als jetzt. Dennoch ergaben sich unter dem Strich mehr auszutauschende Telefongeräte als bisher angenommen wurde. Telefaxgeräte sollen ganz abgeschafft werden.

In der Gemeindeverwaltung selber muss mit dem kommunalen Rechenzentrum noch im Detail abgestimmt werden, wie die digitale Telefonie von der sonstigen Datenübertragung getrennt wird.

Die Verwaltung hat nach der Grundsatzentscheidung des Gemeinderats, mit der Sindelfinger Firma ITR AG zusammen zu arbeiten zwei Angebote mit unterschiedlicher technischer Grundlage eingeholt. Bei der sog. „Cloud-Lösung“ gibt es keine separaten Telefonanlagen mehr. Alle Telefonate werden über das Internet und die Server von ITR geführt. Die zweite Alternative wäre eine separate, neue Telefonanlage im Rathaus, wie bisher. Die Telefonate würden ebenfalls nur noch über das Internet geführt. Bei den Angeboten sind die Investitionskosten für die Hardware trotz der höheren Stückzahl niedriger als bisher. Die Kosten für den laufenden Betrieb wären bei der Cloud-Lösung dagegen wegen der gestiegenen Zahl der Telefone höher als bisher angenommen. Dennoch ergeben sich unter dem Strich bei den laufenden Kosten Einsparungen.

Der Bürgermeister führte aus, dass die Angebotspreise der ITR AG durch ein externes Fachbüro aus diesem Bereich auf Marktüblichkeit überprüft wurden, mit positivem Ergebnis. Die finanziellen Auswirkungen sind günstiger, als es in der Beratungsunterlage dargestellt wurde, weil keine außerplanmäßige Finanzierung notwendig ist. Zu den angegebenen Kosten werden aber noch kleinere Netzwerkarbeiten in gemeindlichen Gebäuden wie z.B. in der Seniorenwohnanlage oder in der Neuweiler Schule kommen.

Der große Vorteil einer Cloud-basierten Telefonie wäre die Möglichkeit, alle Einrichtungen der Gemeinde über die einheitliche Rufnummer 1290 und eine individuelle Nebenstellenummer zu erreichen.

Gemeinderat Finger regte an, den Beschäftigten wenn gewünscht auch die Möglichkeit zu geben, mit Headsets zu arbeiten. Gemeinderätin Grube-Meißner war wichtig, dass die Beschäftigten in diesem Punkt ein Mitspracherecht haben. Beide Anregungen bestätigte der Bürgermeister. Bei einigen Arbeitsplätzen im Rathaus werden auf Wunsch der Beschäftigten jetzt schon Headsets eingesetzt.

Einstimmig beauftragte der Gemeinderat die Fa. ITR AG, die Telefonie in den gemeindlichen Einrichtungen als Cloud-Lösung umzustellen.

### **Änderung der Hauptsatzung**

Der Bürgermeister berichtete aus der öffentlichen Vorberatung der vorgeschlagenen Änderungen im Sozial- und Finanzausschuss. Um die Sitzungshäufigkeit von Bau-,

Landwirtschafts- und Umweltausschuss und Sozial- und Finanzausschuss anzugleichen sollen die Zuständigkeiten einiger Themen verschoben werden. Eine wesentliche allgemeine Änderung ist, dass sich die Zuständigkeit für Bauvorhaben der Gemeinde an der Sachzuständigkeit des jeweiligen Ausschusses orientiert.

Dazu kommen kleinere redaktionelle Änderungen. Der Sozial- und Finanzausschuss hatte dem Gemeinderat einstimmig empfohlen, diese Änderungen zu beschließen.

Der Gemeinderat folgte der Beschlussempfehlung und beschloss die 7. Änderungssatzung zur Hauptsatzung einstimmig.

## **Bekanntgaben**

Bürgermeister Wolfgang Lahl gab bekannt:

Kriminalitätsstatistik 2017: Die Kriminalitätsstatistik 2017 wurde als Gemeinderatsdrucksache ausgegeben. Da es keine wesentlichen Veränderungen gab wurde auf eine persönliche Vorstellung durch den Leiter des Schönaicher Polizeipostens, Herrn Klamser, verzichtet. Lediglich bei den Betrugs- und Fälschungsdelikten gab es einen Anstieg. Die Staatsangehörigkeiten der Tatverdächtigen entsprachen in etwa der Bevölkerungsstruktur.

Schöffenwahl für die Jahre 2019 – 2023: der Schöffenwahlausschuss am Amtsgericht Böblingen hat Tanja Schmid-Blessing, Hanna Walach, Susanne Renz und Markus Ferber als Schöffen gewählt. Der Vorsitzende dankt den Gewählten und allen Bewerberinnen und Bewerbern, für ihre Bereitschaft, dieses wichtige ehrenamtliche Amt auszuüben.

Straßenbau in der Hartmannstraße: In der Hartmannstraße wurde der Asphalt aufgebracht. Es stehen noch kleinere Anpassungen an private Hofeinfahrten aus. Die Bauarbeiten in der Hartmannstraße konnten viel schneller beendet werden, als bei der Planung angenommen wurde.

Traude-Hübner-Hecker-Weg: Die Sanierung des Traude-Hübner-Hecker-Wegs ist weitgehend und planmäßig abgeschlossen. Kleinere Restarbeiten stehen noch aus.

Der Bürgermeister dankte der Baufirma und dem Ortsbauamt, insbesondere Herrn Oldenburger, für die guten Baustellenabläufe und die pünktliche bzw. sogar vorzeitige Fertigstellung.

## **Anfragen der Damen und Herren Gemeinderäte**

Gemeinderat Finger fragte, was sich zu der vom Arbeitskreis Weiler Flüchtlingshilfe angesprochenen Verlegung der Flüchtlinge aus der Landkreisunterkunft Obere Bachstraße 5 ergeben hat.

Der Bürgermeister berichtete über ein Gespräch zwischen dem Arbeitskreis, dem Amt für Migration und Flüchtlinge und der Gemeindeverwaltung. Das Gespräch fand statt, nachdem das Amt für Migration und Flüchtlinge die Verlegungen ausgesetzt hatte.

In dem in guter Atmosphäre geführten Gespräch wurde thematisiert:

- Der Kauf oder die Anmietung des gesamten Objekts Obere Bachstraße 5 ist für die Gemeinde nicht möglich.
- Die Zahl der Flüchtlinge, die der Landkreis unterzubringen hat, ist sehr stark zurückgegangen. Deshalb müssen die provisorischen Landkreisunterkünfte aufgelöst werden. Die neuen Quartiere der Flüchtlinge sind eine Verbesserung. Sie haben zum Beispiel, anders als in der Unterkunft Obere Bachstraße 5, separate Sanitärbereiche.
- Der Arbeitskreis hat einen Vorschlag zur Unterbringung mehrerer, gut integrierter Familien und Einzelpersonen in Weil im Schönbuch gemacht.
- Denkbar ist, die für 2019 ohnehin anstehende Anschlussunterbringung von 14 Flüchtlingen durch die Gemeinde vorzuziehen. Da momentan noch nicht alle eingeplanten neuen Unterbringungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen wäre eine Übergangslösung nötig. Das könnte die zeitweise Anmietung einzelner Räume durch die Gemeinde in der Unterkunft Obere Bachstraße 5 sein.
- Die geplanten neuen Unterbringungsmöglichkeiten würden mit Flüchtlingen belegt, die schon in der gemeindlichen Anschlussunterbringung sind und die sich gut integriert haben.
- Die Menschen aus der Unterkunft Obere Bachstraße 5 würden weitgehend in der Unterkunft in der Lachentalstraße untergebracht.
- Die Gemeinde hätte dann ihre Aufnahmeverpflichtung für 2019 bereits erfüllt (jedoch nicht mehr) und nähme ganz überwiegend Familien auf.

Bürgermeister Lahl wies darauf hin, dass der Pachtvertrag für das Gemeindegrundstück, auf dem die Unterkunft Obere Bachstraße 5 steht, weiterhin läuft. Der Landkreis will die Unterkunft verkaufen.

Gemeinderätin Weiss sprach die Sperrung des Fußwegs vom Troppel zur Schaichbrücke über den Grundweg aufgrund eines umgestürzten Baums an. Es sei schade, dass dieser Weg so lange nicht genutzt werden könne. Der Bürgermeister sagte zu, das zu überprüfen. Es könne sein, dass es nicht nur um den Baum, sondern auch um den Zustand der Treppenstufen geht.

Gemeinderat Frey berichtete über eine Taubenplage im Fleckert. Gemeinderat Jürgen Brennenstuhl sah dasselbe Problem bei der Gemeinschaftsschule. Der Bürgermeister will überprüfen, ob Vergrämungsaktionen mit Raubvögeln erfolgversprechend sind. Für Taubenkästen mit untergeschobenen Eiern aus Gips oder Holz seien die Taubenpopulationen in der Gemeinde zu klein.

Eine nichtöffentliche Sitzung schloss sich an.